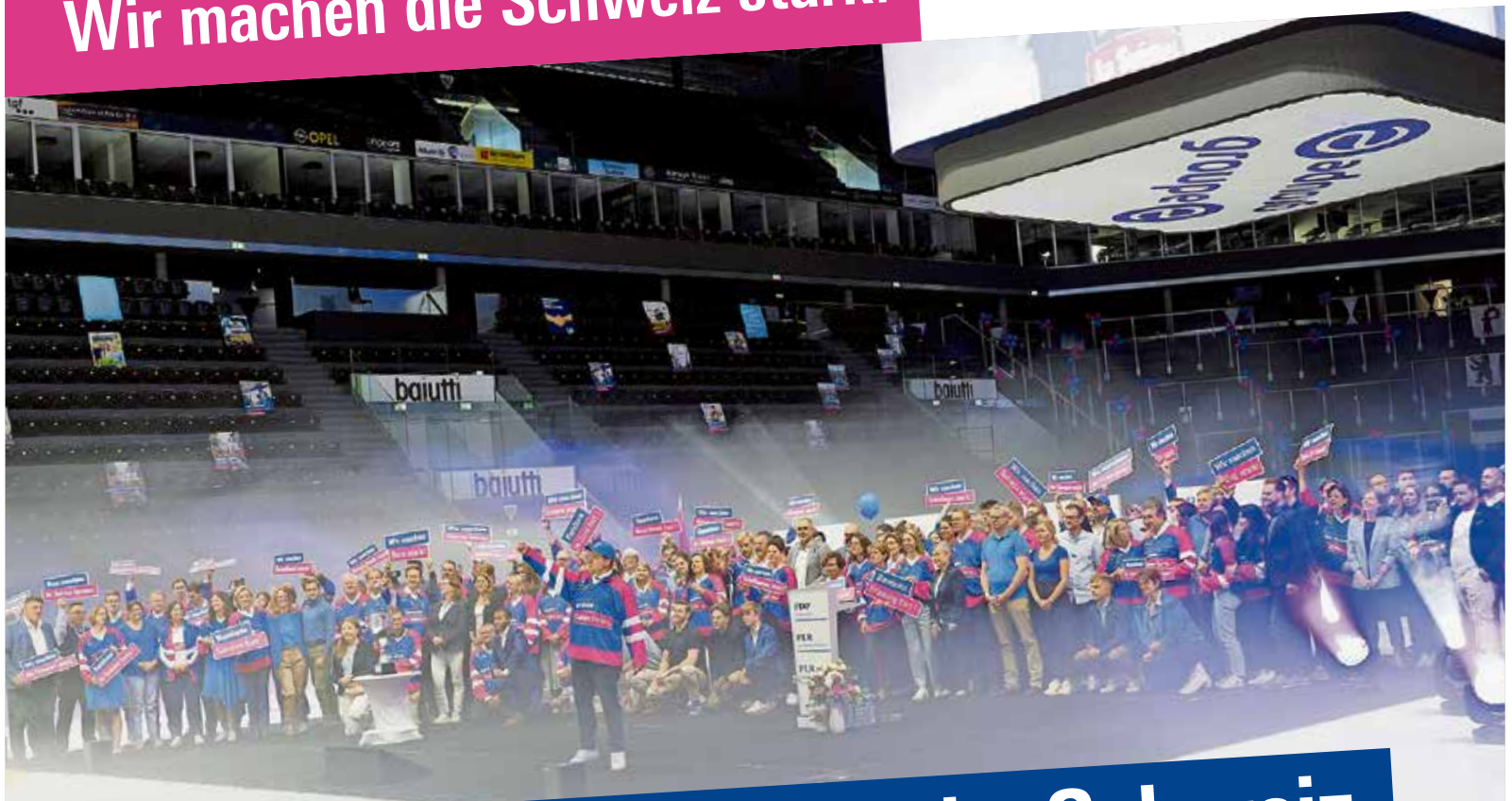


SCHWEIZER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Gemeinsam für eine starke Schweiz

Am 22. Oktober FDP wählen

Die FDP steht für Aufbruch, nicht für Stillstand. Die Schweizer Politik braucht dringend mehr liberale Impulse, sprich mehr Freisinnige in Bern. Wir kämpfen täglich für unser Erfolgsmodell Schweiz, das von linker Umverteilung und rechts-nationaler Abschottung bedroht ist. Die FDP tritt mit einer Politik an, die anpackt, Probleme nicht totschweigt und Antworten auf die drängenden Herausforderungen hat. Die FDP ist unverzichtbar für liberale Lösungen und den Wohlstand in unserem Land. Deshalb gilt: Am 22. Oktober FDP wählen und die Schweiz stark machen.

Seite 4 und 5

Inhalt

- 3 Aus dem Archiv
- 4/5 Bereit für den Wahlkampf
- 6/7 Für eine harte, aber faire Migrationspolitik
- 8 Auslandschweizer schauen in die Röhre
- 9 Freisinnige an den Prides
- 10 Starke Kandidatinnen der FDP Frauen
- 11 Engagierter Wahlkampf der Jungfreisinnigen
- 12 Wasserpolitik als Chance für die Schweiz
- 13 Budget-Versicherung gegen den Prämienanstieg
- 14/15 So machen Freisinnige die Schweiz stark
- 16/17 20 Jahre Schuldenbremse
- 18/19 1000 Freisinnige am Tag der FDP in Fribourg
- 20/21 Europas Niedergang bedroht uns
- 22 Ausblick auf die Herbstsession
- 23 Vermischtes



**Wer liberale Lösungen will,
wählt FDP**

Gemeinsam machen wir die Schweiz stark

Liebe Freisinnige

Wir gehen mit vereinter und geballter Kraft in die Wahlen! Die freisinnige Politik bildet die Festung gegen linke Umverteilung, grüne Verbote, konservative Bewegungslosigkeit und rechtsnationale Abschottung. Das Erfolgsmodell Schweiz steht im In- und Ausland unter Druck. Links-grüne Parteien wollen unsere Unternehmen kaputtregulieren und stehen dem technologischen Fortschritt im Weg. Konservativen mangelt es an Mut und Weitsicht, um die notwendigen Reformen anzupacken. Wir halten dagegen und erarbeiten Lösungen, damit die Schweizerinnen und Schweizer auch morgen in Wohlstand und Freiheit leben können.

Start in die heisse Phase des Wahlkampfs

Am Tag der FDP vom 2. September starteten wir fulminant in die heisse Phase des Wahlkampfs. Im Kreise der freisinnigen Familie machten wir uns auf eine Reise durch die Geschichte der liberalen Kräfte in der Schweiz. Seit 1848 trägt die FDP in allen Institutionen Verantwortung; seit 175 Jahren gestaltet der Freisinn unsere Willensnation wie keine andere Kraft mit. Wir verbinden seit jeher Fortschritt mit Geschichte und Tradition. Wir stehen für Stabilität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich

erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir! Wir kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitäts-sinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

Sie und ich – wir alle werden an den kommenden Podiumsdiskussionen, Interviews und Standaktionen den Menschen im ganzen Land unsere liberalen Lösungswege aufzeigen, darüber diskutieren und debattieren. Wer den Wohlstand in unserem Land erhalten will, wählt FDP. Wem eine sichere und zukunftsfähige Altersvorsorge wichtig ist, wählt FDP. Wer eine sichere, international vernetzte Schweiz und jederzeit genug und bezahlbaren Strom will, der wählt FDP!

Menschen, die anpacken, machen die Schweiz stark.

Machen wir gemeinsam die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

FDP – die liberale Kraft.

Wahlkundgebung in Burgdorf



Über 1000 Freisinnige aus allen Landesteilen legten an der FDP-Wahlkundgebung in Burgdorf.

«Ein Haufen unmanipulierbarer Individualisten»

Der «Freisinn» vor 40 Jahren

Im Jahr 1983 gewann die FDP bei den eidgenössischen Wahlen vier Sitze. Ein paar Wochen zuvor präsentierte die Partei ihre Schwerpunkte im «Freisinn» und blickte auf einen erfolgreichen Parteitag in Burgdorf zurück.

In wenigen Wochen wählt die Schweiz ein neues Parlament. Die FDP und ihre rund 600 Kandidierenden in allen Kantonen sind bereit, für eine liberale Schweiz zu kämpfen und dem Freisinn zum Wahlsieg zu verhelfen. Während die Kandidierenden heute fast rund um die Uhr auf allen Kanälen auf Social Media und klassischen Medien präsent sind, verlief der Wahlkampf vor 40 Jahren noch deutlich gemächlicher. Ein Blick in den «Freisinn» vom Oktober 1983 zeigt dies anschaulich.

Parallelen zwischen 1983 und 2023

Nationalrat Bruno Hunziker, Präsident der Programmkommission, stellte im «Freisinn» das FDP-Wahlprogramm vor. Obwohl der Slogan erstmals in den 1970er-Jahren auftauchte, setzte die FDP auch 1983 auf den prägnanten Ruf «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat». Hunziker betonte jedoch, dass dies keine Staatsfeindlichkeit oder soziale Demontage bedeute: «Wir Freisinnigen sagen Ja zum Staat und möchten ihn dort stark sehen, wo er zur Lösung gesellschaftlicher Probleme nötig ist. Wir wollen ihn aber nicht überall und vor allem dort nicht, wo der

Einzelne und die private Gemeinschaft in eigener Verantwortung handeln können.» Weitere Punkte, die die FDP 1983 in den Vordergrund rückte, waren ausgeglichene Bundesfinanzen, eine realistische Energiepolitik, wirksamer Umweltschutz und günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Man sieht also, dass die heutigen freisinnigen Themen sich gar nicht so gross von den heutigen Schwerpunkten unterscheiden.

Auch Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger rief ein Thema in Erinnerung, das auch im Wahlherbst 2023 elementar ist: «Denken Sie also bei den Nationalratswahlen in allererster Linie an die Partei. Und wenn Sie eine Partei ausgewählt haben, so schwächen Sie diese nicht gleich wieder, indem Sie «Fremdlinge» auf die Liste setzen (= panaschieren). Geben Sie vielmehr Ihrer Partei alle Stimmen. Sonst hat Ihre persönliche Parteienwahl wirklich wenig Sinn.»

Bundesrat beklagt Gesetzesflut

Lesenswert im 40-jährigen «Freisinn» ist ausserdem ein Interview mit dem damaligen Bundesrat und EJPD-Vorsteher Rudolf Friedrich. Darin beklagte sich Friedrich über die ausufernde Gesetzes-

«Auf nicht wirklich Dringendes verzichtet»

Der Beginn dieses Jahres gehört Dr. Rudolf Friedrich dem «Freisinn» nahen der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) Stellung zu aktuellen Fragen. Im Vordergrund stehen dabei das weitere Vorgehen in der Revision der Verfassung des Bundesstaats, die Ausländer- und Asylpolitik des Bundesstaats sowie die zunehmende Spionageaktivität gegen die Schweiz. Zur Sprache kommen aber auch die grosse Thema der Politik in der Gesetzgebung sowie das Ausmass der Staatstätigkeit.

Die Revision der Verfassung ist ein Thema, das in der Schweiz seit Jahren im Zentrum der politischen Diskussion steht. Dr. Friedrich betont, dass die Revision nicht nur eine Frage der Verfassung ist, sondern auch eine Frage der Staatstätigkeit. Er weist darauf hin, dass die Verfassung die Grundlage für die Arbeit der Bundesorgane bildet und dass eine Revision notwendig ist, um die Verfassung an die heutigen Verhältnisse anzupassen.

Die Ausländer- und Asylpolitik ist ein weiteres wichtiges Thema. Dr. Friedrich erklärt, dass die Schweiz eine offene Gesellschaft ist und dass sie für Flüchtlinge aus anderen Ländern offen sein muss. Er betont jedoch, dass die Schweiz auch eine sichere Grenze sein muss und dass sie die Kontrolle über die Einreise von Ausländern behalten muss.

Die zunehmende Spionageaktivität gegen die Schweiz ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund gerückt ist. Dr. Friedrich erklärt, dass die Schweiz eine wichtige Rolle in der internationalen Gemeinschaft spielt und dass sie die Sicherheit ihrer Bürger und ihrer Interessen schützen muss. Er betont, dass die Schweiz die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in der Spionageabwehr stärken muss.

Das Ausmass der Staatstätigkeit ist ein Thema, das in der Schweiz seit Jahren im Zentrum der politischen Diskussion steht. Dr. Friedrich betont, dass die Schweiz eine liberale Gesellschaft ist und dass sie die Freiheit ihrer Bürger schützen muss. Er weist darauf hin, dass die Staatstätigkeit nicht ausser Kontrolle geraten darf und dass die Bürger die Kontrolle über die Arbeit der Bundesorgane behalten müssen.

Neuzeit und Spionage

Die Schweiz ist eine offene Gesellschaft und sie ist für Flüchtlinge aus anderen Ländern offen. Sie ist eine wichtige Rolle in der internationalen Gemeinschaft und sie muss die Sicherheit ihrer Bürger und ihrer Interessen schützen. Sie muss die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in der Spionageabwehr stärken.

Zurückhaltung und Mass

Die Schweiz ist eine liberale Gesellschaft und sie muss die Freiheit ihrer Bürger schützen. Sie muss die Staatstätigkeit nicht ausser Kontrolle geraten lassen und sie muss die Bürger die Kontrolle über die Arbeit der Bundesorgane behalten lassen.

Grundsätzliche Prinzipien

Die Schweiz ist eine offene Gesellschaft und sie ist für Flüchtlinge aus anderen Ländern offen. Sie ist eine wichtige Rolle in der internationalen Gemeinschaft und sie muss die Sicherheit ihrer Bürger und ihrer Interessen schützen. Sie muss die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in der Spionageabwehr stärken.

Ausländer und Asylpolitik

Die Schweiz ist eine offene Gesellschaft und sie ist für Flüchtlinge aus anderen Ländern offen. Sie ist eine wichtige Rolle in der internationalen Gemeinschaft und sie muss die Sicherheit ihrer Bürger und ihrer Interessen schützen. Sie muss die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in der Spionageabwehr stärken.

Spionageabwehr

Die Schweiz ist eine wichtige Rolle in der internationalen Gemeinschaft und sie muss die Sicherheit ihrer Bürger und ihrer Interessen schützen. Sie muss die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in der Spionageabwehr stärken.

Staatstätigkeit

Die Schweiz ist eine liberale Gesellschaft und sie muss die Freiheit ihrer Bürger schützen. Sie muss die Staatstätigkeit nicht ausser Kontrolle geraten lassen und sie muss die Bürger die Kontrolle über die Arbeit der Bundesorgane behalten lassen.

Anpacken statt Jammern!

Do it yourself. Der Staat kann nicht alles.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

flut und benannte die Verantwortlichen: «Die Parlamentarier reichen jede Session unzählige Vorstösse mit Begehren nach neuen Vorschriften ein. Zurzeit sind 23 Initiativen hängig, weitere fünf sind angekündigt. Selbstverständlich kommen auch viele Anstösse aus der Verwaltung, über die sich dann der Bundesrat schlüssig werden muss.»

Der «Freisinn» in den frühen 80er-Jahren kam deutlich textlastiger daher als heutige Ausgaben mit vielen Illustrationen. Eine Ausnahme bildete der Rückblick auf den Parteitag in Burgdorf, der in der Markthalle stattfand, wo auch der Tag der FDP 2022 stattfand. Ständerat Arthur Hänsenberger sagte in seiner Rede vor 1000 Freisinnigen: «Jeder von uns vertritt seinen eigenen Freisinn. Wir sind ein Haufen unmanipulierbarer Individualisten. Aber auch wenn jeder von uns einen eigenen Freisinn hat, so denkt doch keiner, es gebe nur seine Auffassung.» Das Engagement der FDP im Wahlkampf 1983 zahlte sich übrigens aus: Trotz leichten Verlusten resultierten vier Sitzgewinne und die FDP blieb stärkste Partei. Ein gutes Omen für den 22. Oktober 2023.

Marco Wölfli



FDP

Die Liberalen

FDP Die Liberalen Schweiz, Niederstrasse 20, 3001 Bern

Wir machen die Schweiz stark!

**Kraftwerke bauen.
Blackouts verhindern.**

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Die Stromimporte aus dem Ausland entpuppten sich als links-grüne Illusion. Zudem blockieren Umweltverbände noch heute den Ausbau von Wasser-, Solar- und Windkraftwerken in der Schweiz und torpedieren den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Diese Politik führt in den Blackout! **Wer mehr Strom will, wählt FDP.**

www.fdp.ch/strom

FDP

wählen!



Hol dir dein persönliches Video!

Jetzt für die FDP mobilisieren

Für die Schlussphase des Wahlkampfs hat die FDP ein innovatives Videoprojekt lanciert. Wer sich jetzt registriert, erhält nächste Woche von Parteipräsident Thierry Burkart ein persönliches Video.

In weniger als sechs Wochen finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die FDP und ihre über 600 Kandidierenden in allen Kantonen kämpfen bis am 22. Oktober für mehr freisinnige Politik in Bundesbern, damit das Erfolgsmodell Schweiz auch in Zukunft Bestand hat. In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig. Jetzt gilt es, alle Parteimitglieder, freisinnig denkende und FDP-nahe Menschen in der Schweiz davon zu überzeugen, FDP zu wählen. Als Partei, die für Innovation und Technologieoffenheit steht, nutzt die FDP hierzu ein neues Instrument.

Thierry Burkart für dich

Registriere dich jetzt, dann erhältst du nächste Woche ein persönliches Video von Parteipräsident Thierry Burkart. Sag uns, für welche Themen du dich interessierst, und Thierry Burkart erzählt dir, welche Lösungen die FDP bereithält. Thierry Burkart nennt dich nicht nur beim Namen und spricht über die Themen, die dir wichtig sind, son-

dern geht auch auf die spezifischen Verhältnisse in deinem Kanton ein. Gerade in den Ständeratswahlen winkt der FDP die Möglichkeit, stärkste Partei in der kleinen Kammer zu werden. Dafür treten eine Vielzahl engagierter Kandidierender an, die im personalisierten Video ebenfalls präsentiert werden. Ab sofort kannst du dein persönliches Video bestellen und es an deine Freunde, Bekannten und Familienmitglieder schicken, damit sie sich auch registrieren. Gemeinsam treten wir eine freisinnige Welle los, damit die FDP am 22. Oktober Wahlsiegerin wird.



QR-Code scannen
und persönliches
Video bestellen.

«In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig.»



Medienkonferenz zur Migrationspolitik in Bern. Fotos: Jannik Kaiser



Für eine realistische Migrationspolitik

FDP-Lösungen für eine massvolle Zuwanderung mit Zukunft

Die FDP will eine harte, aber faire Migrationspolitik, die die humanitäre Tradition der Schweiz wahrt. Im August besuchte eine FDP-Delegation Chiasso, um sich vor Ort über die herausfordernde Situation zu informieren. Eine Woche später präsentierte die FDP an einer Medienkonferenz in Bern ihre Forderungen für eine realistische Migrationspolitik.

Die starke Zuwanderung beziehungsweise deren Auswirkungen auf Infrastrukturen, Wohnungsverfügbarkeit und Sicherheit beschäftigt und fordert nach Massnahmen. Eine massvolle Einwanderungspolitik und sichere Beziehungen zur Europäischen Union gehören zu den Prioritäten der FDP. Für die Bekämpfung des Arbeiterkräftemangels ist es wichtig, dass die Schweiz auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zählen kann. Die humanitäre Tradition ist ein wichtiger Pfeiler unseres Landes. Gleichzeitig muss das Asylwesen vor Missbräuchen geschützt werden, das heisst: bestehende Gesetzgebung konsequent vollziehen, Sozialtourismus bekämpfen, die Einwanderung aus Drittstaaten beschränken und Missstände im Asylbereich beheben.

Asylsystem braucht langfristige Akzeptanz

Das Asylgesetz ist im Grunde gut, die Anwendung durch das EJPD jedoch nicht. So weigert sich Italien seit Dezember 2022, das Dublin-Abkommen einzuhalten und Asylsuchende zurückzunehmen. Dem EJPD gelang es bisher nicht, die Situation zu deblockieren. Die Kantone sind die Leidtragenden, die Unterkünfte für Personen finden müssen, die eigentlich nach Italien zurück gehören. Deshalb fordert die FDP mittels Motion, dass die Schweiz Allianzen mit anderen Ländern bilden muss, um Druck auf Italien auszuüben. Problematisch ist ebenfalls, dass Asylsuchende nicht im ersten Aufnahmeland ein Gesuch stellen, sondern ein anderes bzw. besseres Zielland auswählen. Diese sekundäre Migration widerspricht dem Gesetz und muss

umgehend gestoppt werden. Die FDP wurde bereits mit einem Fraktionsvorstoss aktiv. Eritrea weigert sich seit Jahren, abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz zurückzunehmen. Weil diese in der Schweiz keinen Schutz benötigen, aber das Asylsystem stark belasten, fordert die FDP, dass der Bundesrat aktiv wird. Hierzu soll ein Pilotprojekt lanciert werden, um abgewiesene Eritreer in ein Drittland schicken zu können. Der Ständerat hat den dringenden Handlungsbedarf bereits erkannt und die FDP-Motion angenommen.

Personenfreizügigkeit mit Augenmass

Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Gerade auch, weil in den nächsten Jahren Hunderttausende Erwerbstätige aus der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen. Aufgrund dessen fehlen uns bis 2040 eine halbe Million Arbeitskräfte. Diese Lücke lässt sich nicht ohne die Zuwanderung füllen. Unternehmen leiden schon heute unter einem gravierenden Fachkräftemangel, der mittlerweile eigentlich ein Arbeitskräftemangel ist. Dass die

«Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten.»

SVP in dieser Situation gegen die Personenfreizügigkeit kämpft, ist zweckwidrig und unverständlich für die Schweizer Unternehmen und unser Wohlstand. Die SVP-Initiative ist nichts anderes als die Wiederholung der Kündigungsinitiative, die 2020 mit über 60 Prozent abgelehnt wurde. Statt gegen jegliche Zuwanderung zu sein und eine unhaltbare Angst vor Fremden zu schüren, setzt die FDP auf pointierte und konkrete Lösungsvorschläge. Die Individualbesteuerung und die Renteninitiative reduzieren den Zuwanderungsdruck, weil das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Damit die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, braucht es gezielten Ausbau auf der Strasse und auf der Schiene. In der Wohnbaupolitik braucht es schnellere Bewilligungen und weniger Vorschriften. Hier stehen insbesondere die links-grün regierten Städte in der Verantwortung.

Kantone nicht im Stich lassen

Vielerorts leiden Kantone und Gemeinden unter den steigenden Migrationszahlen. Ein Beispiel ist die Tessiner Grenzstadt Chiasso, wo Asylsuchende des nahen Bundesasylzentrums für Probleme und Kleinkriminalität sorgen. Das darf nicht sein. Die FDP fordert deshalb eine Taskforce Asyl, die die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessern soll. Zudem braucht es die Möglichkeit einer angeordneten Verlegung, wenn sich Asylsuchende ausserhalb der Bundesasylzentren nicht an die öffentliche Ordnung halten. Die FDP will ausserdem wissen, wie bestehende Asylunterkünfte besser genutzt werden können und welche Alternativlösungen in Betracht gezogen werden können. Das EJPD steht hier in der Pflicht, langfristige Strategien mit Einbezug der nötigen Organe zu entwickeln.

Humanitäre Tradition aufrechterhalten

Mit der Aufnahme von über 60 000 Ukraine-Flüchtlingen hat die Schweiz seit März 2022 einen Kraftakt vollbracht und das Asylsystem vor einer Überlastung verschont. Der Schutzstatus S wurde erstmals aktiviert und hat sich weitgehend bewährt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Schutzstatus S weiterhin rückkehrorientiert ausgestaltet und gegebenenfalls angepasst wird. Ein wichtiges Instrument sind auch Migrationspartnerschaften. Die FDP fordert eine Neuausrichtung, weil Migrationspartnerschaften helfen, Migration und Rückführungen besser zu steuern. Auf europäischer Ebene laufen derzeit Bestrebungen, den Migrationspakt zu reformieren. Die FDP hat eine Reihe von Fragen an den Bundesrat gestellt und will wissen, wie Schweizer Anliegen dort eingebracht werden können.



Eine namhafte FDP-Delegation tauschte sich in Chiasso mit den Lokalbehörden aus.

Bei der Übertragung des Lauberhornrennens gucken Auslandschweizer in die Röhre.



Schluss mit Geoblocking für Auslandschweizer

SRG nutzt Potenzial der fünften Schweiz nicht

Der uneingeschränkte Zugang zu allen Sendegefässen und Inhalten der SRG wird die fünfte Schweiz näher an die Heimat rücken lassen. Der Service Public soll für alle zugänglich sein. Damit verbessert die SRG die Voraussetzungen für eine aktivere Partizipation am politischen Leben der Schweiz.

Wer Schweizer Fernsehen im Ausland geniessen will, braucht einen Satellitenempfänger inklusive Set-Access-Karte, Kosten einmalig 75 Franken plus jährliche Nutzungskosten von 120 Franken. Ohne die Set-Access-Karte beschränkt sich das Sehvergnügen auf SRF Info. Kauf und Installation einer Satellitenanlage sind teuer. Die Justierung der Empfänger ist umständlich und muss regelmässig angepasst werden. Dazu kommt, dass der Empfang nicht überall möglich ist. Einfacher wäre es, die Inhalte über das Internet zu konsumieren. Wäre, weil der Löwenanteil der gesendeten Programme aus rechtlichen Gründen geblockt wird, Skirennen und Fussballspiele der Nati inklusive.

Wie kommt es, dass ich mir das Skirennen via Satelliten anschauen kann, jedoch nicht übers Netz? Naheliegender wäre ein Pay-TV-Format, durch das tangierte Rechte abgegolten werden könnten. Geht aber nicht. Auf srf.ch heisst es dazu: «Die Live-streams der SRF-Fernsehprogramme auf unserer Website sind für alle gesperrt, die sich ausserhalb der Schweiz befinden. Das liegt daran, dass die

Online-Rechte vieler Sendungen auf die Schweiz beschränkt sind.» Zur Asymmetrie von Satellit und Internet erklärt Swissinfo: «Es gibt beim Satellitenfernsehen einen internationalen Grundsatz, der die Anwendbarkeit des Rechts des Sendelandes vorsieht, also in unserem Fall vom schweizerischen Recht. Bei der Verbreitung via Internet ist dieser Grundsatz hingegen nicht allgemein akzeptiert und es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl von Rechtsordnungen zur Anwendung kommen könnten. Dies würde die SRG mit erheblichen rechtlichen Risiken und Unsicherheiten konfrontieren. Deshalb verzichten wir zurzeit auf ein solches Angebot.»

Vergebene Chance mit Playsuisse

Es ist also schrecklich kompliziert. Ähnlich schwierig präsentiert sich die Lage bei Playsuisse, der neuen Streamingplattform der SRG. Die Plattform verspricht, «die Schweiz in Originalversion» zu entdecken. Es gilt aber: Ohne Schweizer Wohnort kein Streaming! Dabei wäre Playsuisse prädes-

«Wir fiebern mit der Nati, freuen uns auf das nächste Lauberhornrennen und verbringen lange Nächte mit einheimischen Filmen und Serien.»

tiniiert, die Schweizer Kultur und Geschichte auf dieser Schiene kostengünstig zu exportieren. Auslandschweizer/-innen wären geeignete Multiplikatoren dazu; das Lagerfeuer der Nation würde neu entfacht. Träumen wir das offensichtlich Unmögliche: Mit einer Jahresgebühr von 100 oder 200 Franken kommen die 800 000 immatrikulierten Auslandschweizerinnen in den Genuss der gleichen Inhalte wie die Inlandschweizer. Wir fiebern mit der Nati, freuen uns auf das nächste Lauberhornrennen und verbringen lange Nächte mit einheimischen Filmen und Serien. Auslandschweizer auch in entfernten Regionen schätzen die virtuelle Nähe zu unserer Kultur, identifizieren sich mit unseren Stars, unseren Weltmeistern und fühlen sich der Heimat damit ein gutes Stück näher.

Eigentlich eine Win-win-Situation. Als Auslandschweizer schätze ich die Eigenproduktionen der SRG, von denen die meisten davon offen zugänglich sind. Ich will aber nicht nur informiert werden, ich möchte auch emotional am Geschehen teilhaben können und ich möchte nicht fallweise ausgesperrt werden. Ich bin bereit, dafür zu bezahlen, aber gebt mir bitte die Möglichkeit dazu. Die FDP International setzt sich dafür ein, dass Auslandschweizerinnen die gleichen Inhalte streamen können wie Inländer. Vielleicht braucht es Gesetzesänderungen, vielleicht müssen internationale Vereinbarungen überarbeitet werden, sicher braucht es eine Taskforce in der SRG. Schlussendlich ist es eine Frage des politischen Willens. Also ist die Politik gefordert. Die fünfte Schweiz wird dankbar sein.

Walter Denz, Vorstandsmitglied FDP International

Grosse freisinnige Präsenz an der Pride in Zürich.



Nationalrätin Regine Sauter trat als Rednerin auf.



Pride-Sommer mit der FDP

Radigal markiert Präsenz

Im Sommer haben in der Schweiz wieder mehrere Pride-Veranstaltungen stattgefunden. Radigal ist gemeinsam mit den lokalen Jungfreisinn- und FDP-Sektionen an verschiedenen Pride-Demos mitgelaufen.

Im Juni 1969 haben sich queere Menschen in der Stonewall Inn Bar gegen eine Razzia der Polizei gewehrt. Das war der Auftakt des internationalen Kampfes für die Gleichstellung von queeren Menschen, der bis heute anhält. Als Erinnerung an den Aufstand im Jahr 1969 feiert die queere Community noch heute im Juni (und darüber hinaus) die Pride.

Auch das Erreichte feiern

Pride-Veranstaltungen sind eine Erinnerung an uns alle, dass queere Menschen in der Schweiz und

international noch nicht die gleichen Rechte haben und in vielen Regionen immer noch um ihre Sicherheit fürchten müssen. Homo- und Transfeindlichkeit sind reale Gefahren im Leben von queeren Menschen; der aktuelle Hate-Crime-Bericht zeigt, wie Attacken gegen queere Menschen wieder einen Höchststand erreichten.

Die Pride ist aber auch ein Fest; um zu feiern, was wir bisher erreicht haben: Zum Beispiel die Ehe für alle oder der Zugang von schwulen Männern zur Blutspende.

Freisinnige an den Prides

Auch dieses Jahr ist Radigal, gemeinsam mit der FDP und dem Jungfreisinn, mitgelaufen. Wir waren präsent in Zürich, Bern und Luzern. An der Zurich Pride, die nach der Amtszeit von Mentari Baumann mit Jill Nussbaumer wieder eine FDP-Frau an der Spitze hat, war der Freisinn gleich zweifach vertreten: Nach dem grossen freisinnigen Aufgebot an der Demo war FDP-Nationalrätin Regine Sauter als politische Rednerin auf der Hauptbühne eingeladen.

Mentari Baumann, Co-Präsidentin Radigal

Wer ist Radigal?

Radigal setzt sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Wir haben uns die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht zum Ziel gesetzt. Radigal ist der Ansprechpartner der FDP und der Jungfreisinnigen für Fragen rund um das Thema LGBTI. Weitere Informationen und Positionspapiere finden sich auf unserer Website www.radigal.ch.



Radigal mobilisierte für die Pride.



Eine Welle für eine tolle Pride.

Wir FDP Frauen kandidieren

auch in Ihrem Kanton

FDP
Die Liberalen
Frauen

Unsere Ständeratskandidatinnen



Johanna Gapany
FDP Kanton Freiburg



Petra Gössi
FDP Kanton Schwyz



Regine Sauter
FDP Kanton Zürich



Simone de Montmollin
FDP Kanton Genf



Sandra Hess
FDP Kanton Bern



Kris Vietze
FDP Kanton Thurgau



Pascale Leutwyler
FDP Kanton Neuenburg



Nina Scherrer
FDP Kanton Schaffhausen

Unsere Nationalratskandidatinnen

Kanton Aargau Maja Riniker Jeanine Glarner Sabina Freiermuth Claudia Hauser Sheena Heinz Anna Staub	Kanton Bern Sandra Hess Heidi Aeschlimann Barbara Béguin-Jünger Laura Bircher Madeleine Deckert Jana Fehrensen Virginie Heyer Franziska Hügli Kästli Simone Richner Nicole Sejk Silvia Steidle Virginie Trachsel Kanton Freiburg Johanna Gapany	Kanton Genf Nadine Gobet Andrea Kaufmann Nicole Kölbener Pauline Robatel Simone de Montmollin Diane Barbier-Mueller Véronique Kämpfen	Kanton Luzern Sibylle Boos-Braun Jacqueline Theiler Karin Bühner Kanton Neuenburg Armelle von Allmen Caroline Juillerat Kanton Schaffhausen Claudia Ellenberger-Richli Anna Tanner	Kanton St. Gallen Franziska Hochstrasser Barbara Leibundgut Adriana Marti-Gubler Manuela Misteli Susanne Vincenz-Stauffacher Andrea Aberhalden Brigitte Bailier Caroline Bartholet Katrin Meier	Kanton Thurgau Kris Vietze Michèle Strähli Kanton Waadt Jacqueline de Quattro Marlène Bérard Pauline Blanc Laurence Cretegy Elodie Golaz Grilli Frédérique Reeb-Landry	Kanton Zürich Regine Sauter Bettina Balmer Yasmine Bourgeois Sonja Rueff-Frenkel Raffaella Fehr Barbara Franzen Gioia Porlezza Véronique Gerber-Fridez Svenja Bakmeier Ivette Djonova Nadine Jürgensen Martina Dürr Jeanette Haus Esther-Mirjam de Boer
Kanton Basel-Landschaft Daniela Schneeberger Saskia Schenker Brigitte Trever	Kanton Graubünden Anna Giacometti Susanne Lebrument Flavia Aebli	Kanton Jura Irène Donzé	Kanton Solothurn Johanna Bartholdi	Kanton Tessin Natalia Ferrara Alessandra Gianella Giovanna Viscardi	Kanton Valais Natacha Albrecht Nicole Luggen	Kanton Zug Jill Nussbaumer Elisabeth Glas

Starke Frauen für eine starke Schweiz!

www.fdp-frauen.ch | www.femmes-plr.ch

Erfolgreiche Ankunft in Bern von Anna-Sophia Spieler.



Jungfreisinn tritt in die Pedale

Für die Renteninitiative und die erfolgreichen Wahlen

Über 200 Kandidierende aus der ganzen Schweiz treten für die liberalste Jungpartei zu den eidgenössischen Wahlen an. Dabei setzen sie auch auf Muskelkraft und kämpfen für sichere Renten.

Die Jungfreisinnigen betreiben momentan einen intensiven Wahlkampf. Wir treten mit über 200 jungfreisinnigen Kandidierenden in der ganzen Schweiz an. Der Jungfreisinn kämpft somit nicht nur für sich selbst, sondern unterstützt auch die FDP tatkräftig. Die liberalste Jungpartei der Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Werte der FDP auch von kommenden Generationen vertreten werden. Zahlreiche Jungfreisinnige haben es dank ihres Engagements und Potenzials auf die Hauptlisten der FDP geschafft. Dazu gehören unter anderem Pauline Blanc im Kanton Waadt, Lucio Sansano in Baselland und natürlich JF-Präsident Matthias Müller, der auf Listenplatz 7 der FDP Zürich steht. Alle Kandidierenden der Jungfreisinnigen, sei es auf JF- oder FDP-Listen, freuen sich über Ihre Stimme und Ihre Unterstützung im Wahlkampf. Wir brauchen Ihre Stimmen, damit die Jugend bei der Gestaltung ihrer Zukunft mitreden kann.

Von Luzern nach Bern

Der laufende Wahlkampf ist für die Jungfreisinnigen eine gute Gelegenheit, auf die Renteninitiative aufmerksam zu machen. Die Renteninitiative ist ein wirksames Instrument, um die Zukunft der Altersvorsorge zu sichern, damit auch künftige

Generationen von sicheren Renten profitieren. Voraussichtlich stimmt die Schweizer Stimmbürgerin im März 2024 über die Renteninitiative ab. Eine kreative Verbindung von Wahlkampf und Renteninitiative gelang der Jungfreisinnigen Anna-Sophia Spieler aus Luzern. Sie fuhr mit dem Velo von Luzern über Malers, Wolhusen, Schüpfen, Langnau und Bowil bis nach Bern, um auf dem Bundesplatz für die Renteninitiative einzustehen. Dabei wurde sie von verschiedenen JF-Sektionen unterstützt. Gemeinsam verteilten sie bei den hohen Temperaturen Glacen. Damit symbolisierten die Jungfreisinnigen die Renten, die wie Glacen an der Sonne schmelzen, wenn die Politik weiter untätig bleibt.

Jungfreisinnige sind nicht nur sportlich, sondern auch geistig aktiv. Mehrere Jungfreisinnige haben diesen Sommer an der Liberty Summer School in Weggis sowie an der Schulung von Avenir Jeunesse teilgenommen. Dies mit dem Ziel, dass politisch interessierte Jugendliche auch in Zukunft ihre Ideen einbringen und die Zukunft mitgestalten können.

Gabrielle De Simone,
Generalsekretärin Jungfreisinnige Schweiz



Der Start der Tour erfolgte in Luzern.



Grosses Aufgebot an der Liberty Summer School in Weggis.



Mehrere Jungfreisinnige waren auch an der Schulung von Avenir Jeunesse dabei.

Die Schweiz hat mehr als 1500 Seen, der Vierwaldstättersee ist einer der bekanntesten. Foto: iStock/Michal Stipek



Herausforderungen der Wasserbewirtschaftung

Die Schweiz kann eine Vorreiterrolle übernehmen

Inmitten der stillen Schönheit kristallklarer Seen und majestätischer Berge verkörpert die Schweiz eine atemberaubende natürliche Pracht. Doch hinter dieser idyllischen Kulisse verbergen sich komplexe Herausforderungen im Bereich der Wasserbewirtschaftung.

Im Zentrum der schweizerischen Wasserpolitik liegt ein delikates Gleichgewicht zwischen dem steigenden Energiebedarf und dem Erhalt der Umwelt. Das hydroelektrische Erbe des Landes verdeutlicht diese komplexe Dualität. Zwischen wachsenden Energieanforderungen und dem Schutz empfindlicher Ökosysteme jongliert die Schweiz mit einer anspruchsvollen Gleichung. Strikte Vorschriften wie das Wasserrechtsgesetz werden erlassen, um Umweltauswirkungen zu minimieren und gleichzeitig die Wasservorkommen zu optimieren.

Ökologische und klimatische Herausforderungen

Doch die Herausforderungen enden hier nicht. Rasante Urbanisierung, zunehmende Industrialisierung und intensive Landwirtschaft üben enormen Druck auf die Wasserressourcen aus. Klimaveränderungen stören herkömmliche Niederschlagsmuster mit häufigeren Dürren und unregelmässigen Niederschlägen. Die Wasserqualität und Biodiversität sind durch Verschmutzung aus menschlichen Aktivitäten bedroht. Die Bewältigung von Überschwemmungen erfordert präventive Massnahmen und langfristige Planung, während internationale

Zusammenarbeit unerlässlich wird, um geteilte Flusseinzugsgebiete zu verwalten.

Ein Ansatz mit Fokus auf Daten und Innovation

Um in dieser komplexen Landschaft zu navigieren, setzt die Schweiz auf Innovation und Daten. Die präzise Erfassung von Informationen zur Wassernutzung in verschiedenen Sektoren wird entscheidend. Von der Landwirtschaft über die chemische Industrie bis hin zur Wasserkraft und den Privathaushalten spielt jeder Akteur eine Rolle beim Schutz dieser lebenswichtigen Ressource. In einer datengetriebenen Welt müssen schweizerische Unternehmen und Forschungszentren dazu beitragen, Daten-Erfassungssysteme für eine proaktive Wasserressourcenbewirtschaftung zu entwickeln.

Eine Plattform für internationale Kooperation

Dank ihrer Neutralität kann die Schweiz eine zentrale Rolle in der internationalen Zusammenarbeit spielen. Die Förderung bilateraler Abkommen mit anderen Nationen zur gemeinsamen Nutzung bewährter Verfahren und Technologien ist von wesentlicher Bedeutung. Eine globale, kooperative Wasserbewirtschaftung kann durch eine liberale

Vision und den Willen zur Zusammenarbeit gefördert werden.

Die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft

Zusammenfassend muss sich die Schweiz den Herausforderungen der Wasserbewirtschaftung mit wissenschaftlicher Präzision, kontinuierlicher Innovation und internationaler Zusammenarbeit stellen. Die Hindernisse sind real, aber die Schweiz kann in ihrer Bemühung um eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung wesentliche Lehren für Nationen bieten, die ähnlichen Herausforderungen gegenüberstehen. Durch eine visionäre und pragmatische Perspektive kann die Schweiz den Weg für eine herausragende Wasserressourcenbewirtschaftung ebnen und so eine vielversprechende Zukunft für kommende Generationen gestalten.

Virginie Trachsel, Nationalratskandidatin BE





Die «Budget-Versicherung» der FDP kommt bei Gesundheitsökonomen gut an. Das freut uns und zeigt, dass wir an den richtigen Stellschrauben ansetzen. Dass der Bundesrat den innovativen Vorschlag ablehnt, ist bedauerlich. Somit verlängert sich das Nichtstun unter Gesundheitsminister Berset, obwohl bei den Gesundheitskosten grosser Handlungsbedarf besteht.

Die Krankenkassenprämien dürften diesen Herbst um 7 bis 9 Prozent steigen. Um den Mittelstand zu entlasten, welcher keine Prämienverbilligungen erhält, fordert die FDP die Einführung eines Budget-Modells. Die Bevölkerung soll künftig die Möglichkeit erhalten, ihren Leistungskatalog freiwillig einzuschränken und dadurch Kosten zu sparen. Je nach Präferenz soll es möglich sein, auf Homöopathie zu verzichten, nur noch Generika zu verwenden, die freie Arztwahl einzuschränken (Aufhebung Vertragszwang) oder das elektronische Patientendossier verpflichtend zu verwenden. Das Ziel: 25 Prozent weniger Prämienlast.

Budget-Versicherung schneidet gut ab

Stefan Felder, Gesundheitsökonom der Universität Basel, teilt in einem Interview die Analyse der FDP, wonach die stete Ausweitung des Leistungskatalogs problematisch ist: «Schaut man sich den Leistungskatalog der OKP an, dann haben wir das Gegenteil einer Grundversicherung. Es ist eine

Vollversicherung für alles und alle, wie es sie sonst nirgends auf der Welt gibt.»

Auch der erfahrene Gesundheitsökonom Willy Oggier erkennt Potenzial beim FDP-Vorschlag und sagt gegenüber dem «Blick»: «Wenn die Versicherten tatsächlich freiwillig wählen können, welches Modell sie möchten, kann man das durchaus prüfen», sagt Gesundheitsökonom Oggier. «Entscheidend ist, was in der Budget-Variante drin ist. Hier hat man viel Spielraum.»

Vorschläge von SVP, Mitte und SP fallen durch

Schlechter kommen die «Ideen» der anderen Parteien weg: Vergangene Woche erntete die Mitte für ihre Kostenbremse-Initiative (welche eigentlich Rationierungsinitiative heissen sollte) zum wiederholten Mal öffentliche Kritik aus den eigenen Reihen: Alt Ständerat Konrad Graber führte in der NZZ aus, dass der durch die ehemalige CVP lancierte Vorschlag im besten Fall eine gute Debatte bewirke, die Probleme aber nicht löse. Dass der Vorschlag nicht mehr als billiges Marketing ist, erkennt man auch,

wenn man den Initiativtext liest – es heisst: Liegt die Steigerung der durchschnittlichen Kosten (...) über der Entwicklung der Nominallohne (...), so ergreift der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen **Massnahmen** zur Kostensenkung. Konkrete Vorschläge? Fehlanzeige. Lieber fordert die Mitte «Massnahmen», bleibt somit auf der Meta-Ebene und tut so, als würde die Politik nicht seit Jahren versuchen, das Problem der steigenden Kosten in den Griff zu bekommen. Als Massnahme Ultima Ratio bliebe wohl die Rationierung von Leistungen oder Wartezeiten, wie wir sie aus England kennen.

Ebenfalls deutlich durchgefallen ist bei Experten der extreme Vorschlag der SVP, das Obligatorium abzuschaffen. Bereits seit längerem sind sich die Fachleute darüber einig, dass der Vorschlag der SP, wonach die Prämienlast durch Steuergelder Ad Infinitum ausgeglichen werden sollen, keine Kosten senken werde.

Die FDP bleibt dran

Die FDP wird sich mit Nachdruck für die Budget-Versicherung einsetzen. Tiefere Prämien erreichen wir dank mehr Wahlfreiheit und innovativen Versicherungsmodellen. Ebenfalls werden wir uns für eine Stärkung des Wettbewerbs, für den Abbau von Fehlanreizen und für eine konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesens einsetzen.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

Für eine starke Schweiz

Freisinnige bekennen Farbe

Die Schweiz lebt vom Engagement für die Gesellschaft. In einer grossangelegten Testimonial-Kampagne zeigen zahlreiche Freisinnige, wie sie die Schweiz stark machen – sei es im Beruf, in einem Ehrenamt oder anderswo. Die Auswahl zeigt, wie breit abgestützt die FDP in unserer Gesellschaft ist.





Bundesrätin Karin Keller-Sutter weiss um den Wert der Schuldenbremse. Fotos: Jannik Kaiser



Die doppelte Dividende der Schuldenbremse

Beitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Die Schuldenbremse wird 20 Jahre alt. Finanzministerin Karin Keller-Sutter blickt in die Vergangenheit und in die Zukunft und würdigt dieses wichtige Instrument der Schweizer Politik.

Als Finanzministerin bin ich meinem Vorvorgänger im Amt, Kaspar Villiger, zu Dank verpflichtet. Dafür, dass er in schlaflosen Nächten gute Ideen hatte. Und mir damit zu einer guten Freundin in meinem Amt verholfen hat: der Schuldenbremse.

Aber was ist eine politische Idee wert, wenn sie nicht von der Gesellschaft getragen wird? Darum bin ich auch der Schweizer Stimmbevölkerung dankbar. Sie hat der Schuldenbremse am 2. Dezember 2001 mit fast 85 Prozent zugestimmt – und ihr damit eine aussergewöhnlich hohe demokratische Legitimität erteilt. Neue Ideen lösen immer auch Ängste aus. So wurde vor 22 Jahren vor einem «diabolischen Instrument» gewarnt, als der Nationalrat die Schuldenbremse debattierte. Gesagt wurde auch, dass die Schuldenbremse wie ein Autopilot sei. Statt Bundesrat und Parlament Sorge nun eine technokratische Formel für die Budgetpolitik.

So einfach wie genial

Doch die Schuldenbremse entbindet weder die Finanzministerin noch Bundesrat und Parlament von der Arbeit. Im Gegenteil. Sie diskutieren Jahr für Jahr intensiv über die Ausgaben- und die Einnahmenpolitik des Staates. Das Parlament hat die Budgethoheit. Und es kann auch neue Ausgaben

beschliessen. Wenn wir aber neue Ausgaben beschliessen, müssen wir schauen, wie wir sie finanzieren können, ohne die Rechnung einfach den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen. Und das ist natürlich der Clou der Schuldenbremse – er ist so einfach wie genial.

In der Debatte zur Schuldenbremse wurde damals auch die Befürchtung geäussert, dass sie zu einer Reduktion der Ausgaben führe und die Umverteilung gefährde. Auch diese Annahme lässt sich heute leicht widerlegen. Trotz Schuldenabbau sind die staatlichen Ausgaben in den letzten 20 Jahren von rund 50 Mrd. auf über 80 Mrd. gestiegen. Und sie werden übrigens auch im nächsten Jahr weiterwachsen. Es ist auch nicht so, dass die Schweiz ihre Investitionen vernachlässigt hätte. Die Investitionen haben in den letzten Jahren sogar stärker zugenommen als die Gesamtausgaben oder das Bruttoinlandprodukt.

Bewährungsprobe bestanden

Die Corona-Jahre waren eine wichtige Bewährungsprobe für die Schuldenbremse. Innert kürzester Zeit musste der Bundesrat den Leuten – vom Künstler bis zur Gewerblerin – unter die Arme greifen, weil sie als Folge der zwar nötigen, aber natürlich weitreichenden Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben

zum Teil in existenzielle Nöte gerieten. Allein im Jahr 2020 hat der Bund dafür zusätzliche Ausgaben von rund 15 Milliarden Franken getätigt, 2021 waren es noch einmal 14 Milliarden.

Und auch diesen Test hat die Schuldenbremse bestanden. Von Beginn an waren Mechanismen eingebaut, die dem Staat und der Politik eine gewisse Flexibilität erlauben. Wir waren daher auch in der Lage, die Ausgaben zu tätigen, die 2022 nötig wurden, nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte und Zehntausende ukrainische Menschen auch in der Schweiz Schutz suchten.

Ökonomen würden vielleicht von einer doppelten Dividende der Schuldenbremse sprechen. Sie sorgt erstens für eine nachhaltige Finanzpolitik und damit für Stabilität. Auch nach der Credit-Suisse-Krise und bevor die UBS im August auf die staatlichen Garantien verzichtete, bewerteten die Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit der Schweiz weiterhin mit der Bestnote. Die zweite Dividende der Schuldenbremse ist ihr Beitrag an die staatliche Handlungsfähigkeit. Eine nachhaltige Finanzpolitik erlaubt es dem Staat, in der Krise schnell und wirkungsvoll zu handeln, ohne die Stabilität zu gefährden.

Wendepunkt naht

Wo stehen wir heute? Die Finanzplanung stellt uns vor Herausforderungen. Das liegt nicht daran, dass uns die Einnahmen wegschmelzen würden. Es liegt daran, dass wir mit einer Vielzahl neuer Ausgabenbegehren konfrontiert sind. Zum Teil sind sie eine Folge der jüngsten Krisen: Dazu ge-

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse.



«Ein neuer Ansatz»

Schuldenbremse dank Kaspar Villiger

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

hören die Pläne zur starken Erhöhung der Armeeaussgaben. Dazu gehören aber auch die künftigen Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine, an den auch die Schweiz einen Beitrag leisten müssen. Als Folge der demografischen Alterung werden zudem die Ausgaben der AHV weiterhin stark steigen.

Es gibt aber auch Tendenzen in der nationalen Politik, kantonale Aufgaben zu zentralisieren. Ich denke an die Prämienverbilligungen und an die Subventionierung der Fremdbetreuung von Kindern. Alles wird man nicht finanzieren können, ohne Reformen anzupacken oder eben Prioritäten zu setzen und anderswo Abstriche zu machen.

Zumal wir vermutlich an einem Wendepunkt stehen. Heute können wir uns unsere Schulden gut leisten. Aber das kann sich schnell ändern. 2021 kosteten uns die Schulden des Bundes noch 760 Millionen Franken. Nächstes Jahr dürften es aufgrund der gestiegenen Zinsen bereits 1,5 Milliarden sein.

Ich halte nichts von Schwarzmalerei. Mich besorgt zwar die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft. Die jüngsten Krisen haben mich aber zuversichtlich gestimmt, dass wir auch künftige Herausforderungen meistern können. Und gerade darum sollten wir das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

In diesem Sinne überlasse ich das letzte Wort dem Volksmund, der bekanntlich besagt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse. Er verantwortete als Finanzminister deren Einführung im Jahr 2003 und ist heute noch von der Wichtigkeit dieses Instruments überzeugt.

Wieso wurde die Schuldenbremse vor 20 Jahren nötig?

Ab Ende der 1980er-Jahre liess die Finanzdisziplin im Bundesrat und im Parlament nach. Innert sieben Jahren hat sich der Schuldenstand verdoppelt. Mir war klar, dass es einen neuen Ansatz braucht, nämlich einen Mechanismus, was passiert, wenn die Ausgaben aus dem Gleichgewicht geraten. Dank vereinten Kräften in meinem Departement gelang die Konstruktion der Schuldenbremse. Ich war froh, stimmte das Volk deutlich mit über 85 Prozent zu.

Was waren die Einwände gegen die Schuldenbremse?

Es gab Befürchtungen, dass die Schuldenbremse die Wirtschaftslage weiter verschlechtern könnte. Es geschah aber das Gegenteil, das Wachstum nahm zu. Ein anderer Einwand war, dass Infrastrukturen verlottern. Aber auch das traf nicht ein, der Investitionsanteil blieb gleich gross.

Gibt es die Schuldenbremse in 20 Jahren immer noch?

Wenn das Volk die Schuldenbremse nicht mittels einer Abstimmung aus der Verfassung streicht, was ich nicht glaube, wird es die Schuldenbremse

auch in 20 Jahren noch geben. Hierzu noch etwas Wichtiges: Die Schuldenbremse will ja nicht die Staatstätigkeit erschweren oder jemandem ein berechtigtes Anliegen verwehren, sondern will, dass der Staat stabil und langfristig finanziert ist. Das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Investoren.

«Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.»

Die Schuldenbremse hat also auch in Zukunft ihre Berechtigung?

Gerade wenn wir wieder einmal eine Krise haben, brauchen wir Reserven, um diese Krise zu bekämpfen. Deshalb sage ich stets: Die Schuldenbremse ist ein wichtiger W.W.W.-Beschleuniger – nämlich Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.

Interview: Julia Lüscher

Grosser Andrang am FDP-Shop. Fotos: Jannik Kaiser



1000 Freisinnige lancieren die heisse Phase des Wahlkampfs

Erfolgreicher Tag der FDP in Fribourg

Unser liberales Erfolgsmodell ist bedroht. Gegen diese Tendenz tritt die FDP mit einer Politik an, die anpackt und die richtigen Prioritäten setzt: innovative Wirtschaft, verlässliche Stromversorgung und sichere Renten. Der Tag der FDP in Fribourg unterstrich: Die FDP ist unverzichtbar als Motor für liberale Lösungen und den Wohlstand der Schweiz.



Die FDP ist bereit für einen intensiven Wahlkampf.



Die Foto-Box erfreute sich grosser Beliebtheit.



Die 150 anwesenden Kandidierenden waren mit personalisierten Hockeytrikots ausgerüstet.



Rund 1000 Freisinnige strömten in das Eishockeystadion von Fribourg-Gottéron.



Für Vizepräsidentin und Ständerätin Johanna Gapany war es ein Heimspiel.



Nationalrat Philippe Nantermod führte mit viel Elan durch den Vormittag.



Bundesrat Ignazio Cassis im Austausch mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Fraktionspräsident Damien Cottier, Parteipräsident Thierry Burkart und Moderator Philippe Nantermod (von rechts).



Ständerat und Vizepräsident Andrea Caroni im Gespräch mit Vizepräsidentin Alessandra Gianella.



Vizepräsident und Nationalrat Andri Silberschmidt (rechts) sprach mit Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, über die Notwendigkeit einer sicheren Altersvorsorge.



Parteipräsident Thierry Burkart betonte, dass die FDP für Aufbruch und nicht Stillstand steht.

Der lange wirtschaftliche Niedergang Europas bedroht uns

Ein Richtungswechsel tut not

Parteivizepräsident und Nationalrat zeigt auf, was der wirtschaftliche Kriechgang Europas für dramatische Auswirkungen hat. Die Schweiz muss sich aktiv dagegenstemmen, damit sie nicht in den gleichen Sog gerät.

«Die Europäer verarmen.» Dieser Titel des Artikels im «Wall Street Journal» vom 17. Juli ist nicht sehr ermutigend. Er sollte uns beunruhigen. Uns den Schlaf rauben. Aber niemand will der Realität in die Augen blicken. Die Zahlen sprechen für sich. Bis 2008 waren die Volkswirtschaften der Euro-Zone und der USA mit etwas mehr als 14 Billionen Dollar gleich gross. Fünfzehn Jahre später stagniert das europäische BIP. Das der USA ist auf über 25 Billionen Dollar gestiegen. Die Grössenordnungen mögen je nach Indikator etwas variieren, der Befund bleibt immer derselbe: Im vergangenen Jahrzehnt ist Europa buchstäblich aus den Fugen geraten. Die Schweiz, die sich rühmen konnte, weit über dem internationalen Durchschnitt zu liegen, geht leider den gleichen Weg wie die Euro-Zone und wird von den USA bedrängt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bis Ende des Jahrzehnts abgehängt sein. Was ist los mit uns?

Ein Sozialmodell, das überdacht werden muss

Liegt es am europäischen Sozialstaat, um den uns der Rest der Welt beneidet? Sicher ist, dass wir vor lauter Lob für seine unzähligen Vorzüge wohl vergessen haben, dass Wohlstand zuerst erarbeitet werden muss, bevor er verteilt werden kann. Und hier steht die Schweiz ihren Nachbarn in nichts nach. In der Berichtsperiode haben wir ein gutes Dutzend neuer Sozialversicherungen eingeführt oder bestehende ausgebaut. Die Sozialausgaben pro Kopf sind in dieser Zeit um ein Drittel gestiegen.

Ohne unser Sozialmodell demontieren zu wollen, ist die Maschinerie ins Stottern geraten. Bei jedem Problem findet sich ein wachsamer Geist, der darauf hinweist, dass das Leben in der Schweiz ohne diese oder jene zusätzliche Ausgabe unmöglich geworden ist. Wenn die Schweden, die Spanier oder die Österreicher einen Urlaub oder ein Sozial-

werk eingeführt haben, dann brauchen wir das auch. Und zwar sofort. Es ist, als lebten wir in einer Vision aus Émile Zolas Albträumen und warteten auf den nächsten Sozialurlaub. Und wenn Sie den Fehler machen, zu sagen, dass es bis jetzt nicht möglich war, den Vaterschaftsurlaub auszuweiten, oder dass es nicht lebenswichtig ist, überall Bindenspender aufzustellen, dann wird man Ihnen sagen, dass ein so reiches Land wie die Schweiz sich diese kleinen Dinge leisten kann. Die jüngsten Entwicklungen in unserer Wirtschaft zeigen, dass dies vielleicht nicht so selbstverständlich ist.

Aber es gibt nicht nur Urlaub, sondern auch Arbeit. In unserer Gesellschaft wird Teilzeitarbeit fetischisiert und die 45-Stunden-Woche als Relikt aus den schlimmsten Zeiten der Geschichte dargestellt. In den Medien wird regelmässig die 4-Tage-Woche propagiert, in Deutschland wird über ein Gesetz zur Einführung eines Rechts auf Siesta diskutiert und die Gewerkschaften fordern lautstark neue Ferienwochen. Können wir uns vorstellen, dass unsere Konkurrenten ernsthaft über das bedingungslose Grundeinkommen und das Recht auf Faulheit diskutieren? Vielleicht am ersten April. Wenn Europa und die Schweiz aufwachen wollen, müssen sie sich einen Ruck geben und die Arbeit wieder ins Zentrum ihrer Werte stellen.

Überregulierung ist ein Innovationskiller

Emma Marcegaglia, die ehemalige Präsidentin des italienischen Arbeitgeberverbandes Confindustria, hat einmal gesagt: Wenn eine Innovation kommt, machen die Amerikaner daraus ein Geschäft, die Chinesen kopieren und die Europäer regulieren. Wenn dieser Satz zum Lachen war, kann er uns heute zum Weinen bringen. Die Feststellung schreit zum Himmel. Wie viele Smartphones aus Europa gibt es? Wie viele europäische Einhörner im Bereich der erneuerbaren Energien? Wie viel KI-Software wird in Europa programmiert? Wer ist führend bei Elektrofahrzeugen, Raumfahrt und Streaming-Plattformen? Wer liegt in der Genforschung vorne? Wer treibt die Kern-



fusion voran? Die Liste liesse sich beliebig verlängern.

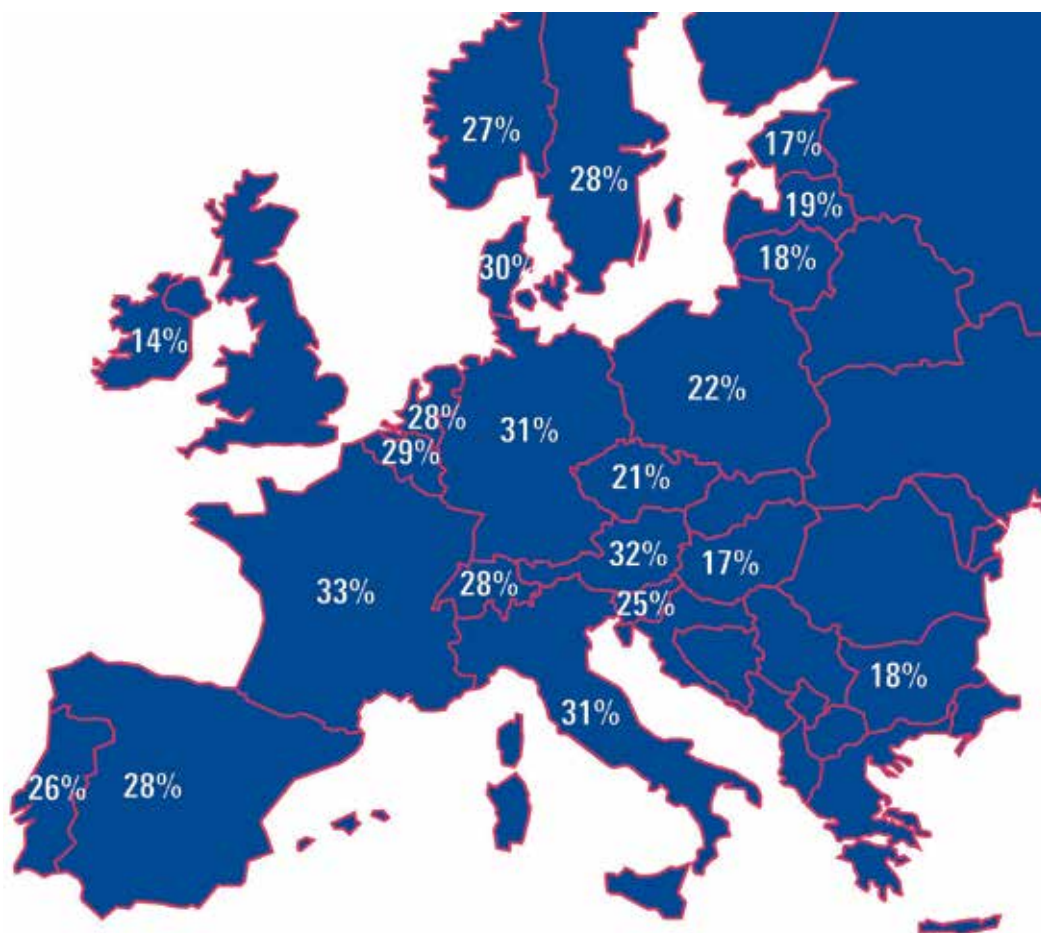
Und die Wahrheit ist leider erschreckend. Bei jeder dieser Innovationen standen die Europäer an vorderster Front, um unverdauliche Gesetze zu verabschieden, vom Datenschutz bis zum Verbot gentechnisch veränderter Organismen, so dass die Innovation nicht mehr auf dem alten Kontinent stattfindet (ausser bei der Erfindung von Steuern, da sind wir hervorragend). Über 5G wurde mehr wegen seiner esoterischen Mängel als wegen seines Fortschrittpotenzials gesprochen. Mit der Verabschiedung der berühmten Datenschutzgrundverordnung ist die Zahl der entwickelten Anwendungen eingebrochen. All dies, um Sie davor zu schützen, Ihre Daten freiwillig auf einem Kontinent preiszugeben, auf dem der Staat im Namen der Bekämpfung der Steuerhinterziehung ungehindert auf Ihre Bankkonten zugreifen kann.

Leider nimmt der Regulierungswahn kein Ende. Von der künstlichen Intelligenz bis zum selbstfahrenden Auto kämpfen die europäischen und schweizerischen Behörden gegen Windmühlen, während unsere Industrie verschwindet. Aufgrund des hohen Handelsvolumens mit der EU kopieren wir systematisch die Fehler Brüssels ... Auch wenn es kaum anders geht, ist das Vorgehen beunruhigend.

Der schlimmste Kollateralschaden ist zweifellos an den Universitäten zu finden. Man könnte sich damit beruhigen, dass wir, wenn wir schon keine Geschäfte machen, wenigstens in der Grundlagenforschung erfolgreich sind. Doch weit gefehlt. Im «QS World University Ranking», das jährlich die besten Universitäten klassiert, fallen die Schweiz und Europa zurück. Die ETH bleibt zwar (noch) in den Top 10 und rettet die Ehre der Schweiz, aber man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht: Die erste europäische Universität, Paris PSL, liegt auf Platz 24, und unter den ersten 50 sind weniger als fünf Universitäten. Durch die Konzentration auf intersektionale Gender Studies und anderen post-modernen Hokusfokus haben unsere Hochschulen einige wichtige Wendepunkte in der Entwicklung der Menschheit verpasst.

Dramatische Folgen

Die Folgen dieser Entgleisung sind dramatisch. Viel mehr, als wir uns vorstellen können. Nein, Wirtschaftswachstum ist nicht dazu da, die Welt mit nutzlosem Plastikkrum zu überschwemmen. In den letzten zehn Jahren wurde das schrumpfende



Ausgaben für die soziale Wohlfahrt in Prozent des BIP im europäischen Vergleich.

Wachstum in der Schweiz vollständig von den Ausgaben für die Renten und das Gesundheitswesen aufgezehrt.

Wenn sich eine Wirtschaft auf ihren Lorbeeren ausruht, zahlen die Bürger den Preis. Das haben wir in den vergangenen Monaten gesehen. Die Widerstandsfähigkeit Europas gegen den Inflationsschock ist praktisch gleich null. Energie, Gesundheit, Lebensmittel und andere Kosten: Jede Preisbewegung stürzt Tausende von Menschen in Unsicherheit, manchmal sogar in Armut.

In den letzten 15 Jahren hat Europa einen Weg der Technokratie und der Selbstzufriedenheit eingeschlagen, der in den Untergang führen kann. Die Schweiz wird leider von ihrem Nachbarn auf diesen Irrweg gezwungen. Der Weg aus der Sackgasse wird nicht einfach sein. Wir müssen unsere Denkweise ändern. Steuersenkungen, Deregulierung, Privatisierung sind unumgänglich. Grosse Worte, die auf dieser Seite des Atlantiks so beunruhigend klingen.

In der kommenden Legislaturperiode ist es an der Zeit, den Kurs zu korrigieren und zu den Grundlagen zurückzukehren, die unseren Reichtum ausmachen: Freiheit und Eigenverantwortung.

Und sich für ein paar Jahre eine Pause von neuen Regulierungen und dem Ausbau des Sozialstaates zu gönnen. Nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es uns nicht leisten können.



Philippe Nantermod,
Parteivizepräsident und Nationalrat VS

Dieser Blog ist eine Übersetzung der Kolumne, die auf Französisch im «Blick» erschienen ist.

Während der Herbstsession finden auch die Feierlichkeiten rund um das 175-Jahr-Jubiläum der Bundesverfassung statt. Foto: Jannik Kaiser.



Krankenkassenprämien, Wasserkraftwerke und weniger Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Das sind die Themen der Herbstsession.

Das war's. Zumindest fast. Die laut abtretendem Bundeskanzler Walter Thurnherr «schlimmste Legislatur» geht in die Schlussphase. Das Parlament hat die Corona-Pandemie gemeistert, erlebt einen Krieg in Europa, muss dringend Lösungen für die Energiekrise finden und wird sich in neuer Zusammensetzung mit den Folgen der Credit-Suisse-Übernahme herumschlagen müssen.

Aber auch ganz handfeste Anliegen stehen derzeit im Vordergrund. Eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Massnahmen der vergangenen Jahre kommt in den Rat. Vier Buchstaben stehen hier für eine Revolution EFAS. Hinter der etwas technisch klingenden Vorlage der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen verbirgt sich nichts weniger als die Abschaffung einer der grössten Fehlanreize in unserem Gesundheitssystem.

Vorteil EFAS

Das Gesetz schreibt heute vor, dass die Kantone mehr als die Hälfte der Kosten übernehmen, wenn eine Person nach einem Eingriff mindestens eine Nacht im Spital bleibt – also stationär behandelt

wird. Geht eine Person nach einem Eingriff direkt nach Hause, spricht man von einer ambulanten Behandlung und die Kosten werden vollumfänglich von der Krankenkasse übernommen. Eine Verlagerung von stationär nach ambulant ist aus mehreren Gründen wünschenswert: Bei gleicher oder teils höherer Qualität kosten ambulante Eingriffe deutlich weniger und für den Patienten ist es auch angenehmer, weil er nicht länger als nötig im Spital bleiben muss. Patienten profitieren zudem vom Umstand, dass die Gefahr einer Infektion zu Hause viel geringer ist und die Pflegenden werden entlastet. Die «Ambulantisierung» wird heute leider verschleppt, weil die eigentlich sinnvolle Verlagerung ausschliesslich bei den Prämienzahlenden einschenkt. Künftig – dank EFAS – sollen ausschliesslich medizinische Gründe massgebend dafür sein, ob eine Person ambulant oder stationär behandelt wird.

Mehr als eine homöopathische Wirkung wird auch vom Mantelerlass erwartet. Dieses Mammutgesetz wird, wenn alles nach Plan läuft, in der Herbstsession zu Ende beraten. Dank dieser Vorlage können 15 Wasserkraftprojekte endlich im

Schnellzugstempo gebaut und weitere energiepolitische Weichen gestellt werden, damit in der Schweiz endlich mehr Strom produziert werden kann.

FDP wählen – Bundeshausfraktion stärken

Als Ausblick auf das kommende Jahr beginnt der Ständerat bereits mit der Beratung des CO₂-Gesetzes. Die Neuauflage der beim letzten Mal am Volk gescheiterten Vorlage verzichtet auf die ganz grossen Würfe und orientiert sich am Machbaren. Dennoch setzt sie klare Ziele und will die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Hier zeigt sich, dass realistische Klimapolitik auch ohne Klebstoff möglich ist. Über Details lässt sich aber auch nach der schlechtesten Legislaturperiode noch munter streiten.

Weil die FDP dies besonders gut kann und der Schweiz den Weg in eine liberale Richtung weisen kann, ist es wichtig, dass Sie am 22. Oktober mithelfen, die Fraktion im Bundeshaus zu vergrössern. Ihre Stimme ist entscheidend, damit die Liberalen nicht nur für Aufsehen sorgen, sondern mit ihren Vorschlägen auf der Gewinnerseite stehen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Mit «à la carte» anstatt «all you can eat» gegen den Prämienschock

Im Oktober wird SP-Bundesrat Alain Berset wieder bekanntgeben, um wie viel die Krankenkassenprämien steigen werden. Nachdem die Prämien bereits im vergangenen Jahr im Schnitt um 6,6 Prozent gestiegen sind, wird manchen Kassen für diesen Herbst ein Anstieg von bis zu 10 Prozent vorausgesagt. Das belastet den Mittelstand, der nicht von Prämienverbilligungen profitiert, immer stärker!

Um diesen zu entlasten und die Prämienlast ohne Qualitätseinbusse zu senken, lancierten wir im Juli die Idee eines «Budget-Versicherungsmodells». In der heutigen obligatorischen Grundversicherung gilt ein «all you can eat»-System: Man bezahlt einen Fixpreis, darf dafür alles konsumieren. Es gibt immer mehr Menschen, die dies gar nicht wollen. Für diese wollen wir eine Alternative schaffen: ein Menü «à la carte».



Konkret wollen wir, dass alle Personen die Möglichkeit haben, durch bewusste Entscheidungen ihre Krankenkassenprämien massiv zu reduzieren. Denkbar wären zum Beispiel eine Generika-Pflicht bei gewissen Medikamenten, eine höhere Franchise, ein Obligatorium zur Nutzung des

elektronischen Patientendossiers, ein Verzicht auf Homöopathie oder der Abschluss von Mehrjahresverträgen.

Solche sind in den heutigen alternativen Versicherungsmodellen verboten. Gerade für chronisch kranke Menschen oder Leute mit mehreren Krankheiten wäre es jedoch von Vorteil, wenn Versicherer in ihre Gesundheit investierten und dafür einen Anreiz in Form von Mehrjahresverträgen hätten.

Ich bin davon überzeugt: Mit einem «Budget-Versicherungsmodell» fielen die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität tiefer aus.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

Einladung zum Fachreferat



Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisio-när a.D., Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?

> Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern, Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse 13 + 15, 3000 Bern 22

(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27) oder per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse

> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

> Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
19.30 Uhr, Referat

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig.

Delegiertenversammlungen 2024

Jetzt vormerken

Samstag, 20. Januar 2024

Samstag, 22. Juni 2024

Samstag, 19. Oktober 2024

**Wir machen
die Schweiz stark!**



A light green silhouette of Switzerland is centered in the upper half of the poster. Overlaid on this map is the text 'JEDERZEIT STRÖM' in white, bold, sans-serif capital letters. The 'O' in 'STRÖM' is replaced by a white power button symbol (a circle with a vertical line through it).

JEDERZEIT
STRÖM

BLACKOUT STOPPEN

—— JETZT ——
UNTERSCHREIBEN!

blackout-stoppen.ch

